

Herr Moreira nimmt kurz Stellung. Zwar habe er selber keine Haushaltsrede gehalten, dennoch deute nach den Kernaussagen der anderen Fraktionen alles daraufhin, dass er als Einzelvertreter im Rat nun die Entscheidung zu treffen habe. Er werde seine Entscheidung nicht politisch treffen, sondern mit Gedanken an die Gemeinde. Desweiteren wünscht Herr Moreira noch einige Aussagen des Kämmerers vor der Abstimmung über den Haushalt.

Herr Strack wählt einen bildlichen Vergleich. Er erinnert an die Kollision der Titanic mit einem Eisberg. Hier sei man nun das Schiff, das den Eisberg zwar gesehen habe, ihm aber noch durch eine Kursänderung ausweichen könne. Für diese Kursänderung werbe er an dieser Stelle völlig unpolitisch. Er selber wünsche sich, dass sich alle Verantwortlichen zusammensetzen, um einen gemeinsamen Kurs zu finden. Sollte eine Kursänderung nicht möglich sein, verweist er auf zu erwartende ernsthafte Einschnitte. In diesem Falle würde nicht mehr der Rat bestimmen, sondern im Zweifelsfall eine Dienstanweisung des Bürgermeisters in Abstimmung mit der Kommunalaufsicht.

Zu diesem Wortbeitrag gibt es kritische Zwischenrufe aus Reihen des Rates.

Herr Strack macht deutlich, dass er lediglich habe darstellen wolle, dass und wie es weitergehe, wenn kein Haushalt beschlossen würde.

Auf das Abstimmungsverfahren eingehend, schlägt der Bürgermeister vor, zunächst über die vom Hauptausschuss getroffenen Beschlussempfehlungen und im Anschluss über die Haushaltssatzung als solche abzustimmen.

Herr Sonntag besteht auch auf Abstimmung über den im Hauptausschuss gefassten Vorbehaltsbeschluss betr. Aussetzen der Sportstättenbenutzungsgebühr.

Der Bürgermeister geht auf den Vorbehalt ein, trägt das im HA-Protokoll dargelegte und von der Verwaltung ermittelte Ergebnis wörtlich vor.

Herr Sonntag beanstandet daraufhin die Niederschrift des Hauptausschusses. Eine Rückfrage bei der Kommunalaufsicht wie auch bei anderen HSK-Kommunen zum Umgang mit vergleichbaren Sachverhalten habe zu einem anderen Ergebnis geführt. Er werbe dafür, den im Hauptausschuss getroffene Mehrheitsbeschluss in den gemeindlichen Gremien umzusetzen. Dann werde man sehen, wie die Kommunalaufsicht mit diesem Punkt umgehe. Mit dem vorgeschlagenen Deckungsvorschlag habe man letztendlich Kostenersparnis mit der Aufrechnung zur Vergnügungssteuer erreicht. Für ihn sei nicht vorstellbar, dass die Kommunalaufsicht einen „günstigeren“ Haushalt „in Gänze“ nicht genehmigen werde, nur weil man auf die freiwilligen Ausgaben abstelle.

Herr Strack bestätigt die Angaben in der Hauptausschussniederschrift. Dies sei die Information, die er von der Kommunalaufsicht in Siegburg erhalten habe. Einzige Chance wäre, wenn man aus den freiwilligen Leistungen heraus einen Gegenfinanzierungsvorschlag machen würde.

Anmerkung des Schriftführers:

*Auf eine Änderung der Niederschrift über die Sitzung des Hauptausschusses vom 17.06.2013 wird verzichtet. Bei der in Rede stehenden Passage handelt es sich nicht um die protokollierte Wiedergabe des Verhandlungsverlaufs, sondern um eine nachträglich eingefügte Anmerkung der Verwaltung, sozusagen als ergänzende Information „im Nachhinein“. Deren redaktionelle Urheberschaft liegt nicht beim Schriftführer. Unabhängig davon, ist in dieser Ratssitzung vom Kämmerer noch einmal die Korrektheit der Wiedergabe der Anmerkung bestätigt worden. In diesem Zusammenhang spielt es keine Rolle, ob über die Aussage unterschiedliche Meinungen bestehen. Dies zu beurteilen, ist nicht Aufgabe des Protokollführers.*

Herr Lorenz erklärt, dass er die Debatte im HA als Zuschauer verfolgt habe. Dort habe er den Eindruck gewonnen, dass die freiwilligen Aufwendungen auch zu Lasten eines Werteverzehrs verändert werden könnten.

Der Bürgermeister und Herr Strack stellen klar, dass dies offensichtlich missverständlich aufgefasst wurde. Es stehe jedoch die Aussage der Kommunalaufsicht wie seitens der Verwaltung dargestellt.

Grundsatz im freiwilligen Bereich, so Herr Strack, bedeute „*streiche das eine, setze das andere.*“ Man sei sogar aufgefordert, die freiwilligen Leistungen dauerhaft zu senken.

Herr Fürbaß bezieht sich auf die Beschlussempfehlung des Personalausschusses hinsichtlich der Leistungszulage für Beamte, die aus Einsparungen aus dem Personalhaushalt finanziert werden soll. Bezüglich der Verwaltungsmitarbeiter und der Bürger, die Sportstättenbenutzungsgebühr zu zahlen hätten, würde so mit zweierlei Maß gemessen. In Ergänzung zur Wortmeldung von Herrn Sonntag, bittet er, dass die Kommunalaufsicht zu beiden Punkten Stellung nimmt.

Herr Mittermeier geht ebenfalls auf die Beratung im PA. Er habe es so verstanden, dass Mittel aus Stelleneinsparungen herangezogen werden könnten.

Der Bürgermeister und der Kämmerer machen deutlich, dass es sich bei den möglichen Personalkosteneinsparungen ebenfalls um Stellen im freiwilligen Bereich handeln müsse. Die Leistungszulagen für Beamte seien ebenfalls freiwillig. Für sie gelte im Grunde das Gleiche wie zuvor schon ausgeführt. Außerdem macht der Kämmerer deutlich, dass die Leistungszulagen für Beamte nicht im Haushalt ausgewiesen seien. Man habe den Beschluss des Personalausschusses so verstanden, im Herbst einen „Kassensturz“ zu machen, um dann zu sehen, inwieweit sich Möglichkeiten für die Zahlung der Leistungszulage ergeben.

Auf Frage von Herrn Langer erklärt Herr Strack, dass die vorgesehenen Änderungen in der als Tischvorlage verteilten Liste enthalten seien und so in den Haushaltsentwurf eingearbeitet würden.

Herr Sonntag bittet nochmals, den Beschluss zur Sportstättenbenutzungsgebühr zu fassen und abzuwarten, wie die Kommunalaufsicht damit umgeht.

Der Bürgermeister macht deutlich, dass man nach den jetzt vorliegenden Erkenntnissen einen genehmigungsfähigen Haushalt nur unter Einbeziehung der Sportstättenbenutzungsgebühr beschließen könne.

Herr Strausfeld verweist auf das Gesamtvolumen der Sportstättenbenutzungsgebühr von 15.000 Euro pro Jahr und nennt beispielhaft die Anteile verschiedener Vereine. Das Geld fehle den Vereinen für deren Arbeit. Alle würden in ihren Haushaltsreden für die gute ehrenamtliche Arbeit in Vereinen zu loben. Die Grünen hätten noch einmal auf die Bedeutung der Integration und der Jugendarbeit hingewiesen. All dies würden die Vereine leisten. Dafür sollten diese nun weiter belastet werden. Er bezieht sich auch auf die Aussagen der Kommunalaufsicht und die offensichtlich unterschiedlichen Auslegungen hierzu. Ihm sei es schwer verständlich, wieso man nicht um eine schriftliche Aussage der Kommunalaufsicht in dieser Frage bemüht habe.